

Sitzung der Gemeinderatskommission vom 13. Nov. 2017

Zu Beginn der wie immer von Gemeindepräsident Michael Ochsenbein geleiteten Sitzung stand das Thema Bau einer 2. Turnhalle für die Oberstufe Wasseramt Ost (OWO) zur Debatte. Es liegt ein Papier zusammen mit einem Fragebogen vor, der sich um die Finanzierung dieses Baus dreht. Die beiden Fragen, welche gestellt werden, stellen zwei Varianten zur Auswahl: Der Zweckverband übernimmt die Finanzierung und stellt den Gemeinden Rechnung oder die Gemeinden übernehmen die Finanzierung und bezahlen die Gesamtinvestition an den Zweckverband. Ausserdem wird nach der Möglichkeit gefragt, den Erneuerungsfonds (Werterhalt) zur Finanzierung heranzuziehen. Vorerst erläutert das Mitglied des Verbandsrates Urs Rutschmann (SVP) die Vorlage. Er erklärt, dass der Platz in der bestehenden Halle kaum mehr ausreiche. Zu den Kosten liegen erst grobe Schätzungen vor, ebenso ist die Frage der Art der Finanzierung noch offen. In den Unterlagen fehle die Frage ob man mitmachen wolle, gefragt wird lediglich nach dem „wie“. Wie Michael Ochsenbein präzisiert, sei diese Frage nicht relevant, da es nicht um das Mitmachen gehe. Als Mitglied der OWO könne man nur über die Art der Finanzierung entscheiden. Um diese Frage dreht sich die Diskussion in der Folge vor allem. Auf eine Frage von Jürg Nussbaumer (FDP) erklärt der Gemeindepräsident, dass es heute nur noch ein Oberstufenzentrum besteht, dem auch das OZ DE/LU angehöre. Alle vor der Vereinigung der ursprünglich zwei Zentren aufgelaufenen Schulden blieben bestehen. Die Skepsis im Rat gegenüber den Plänen ist in der folgenden Diskussion deutlich spürbar. Dies machen die Voten von Alexander Magno (CVP), Pascal Jacomet (SVP) und anderen Gemeinderäten deutlich. Es zeigt sich, dass noch viele Unsicherheiten bezüglich des Bedarfs, aber auch des Vorgehens bestehen. Um diese Zweifel zu beseitigen werden weitere Informationen eingeholt und das Geschäft vertagt.

Ressortleiter Jürg Nussbaumer (FDP) erklärt dem Rat den Werdegang des Projekts „Verkehrsmassnahmen Schulareal“. Da die Unsitte der Elterntaxis nicht verboten werden könne und es laufend zu für die Kinder gefährlichen Situationen komme, wolle man wenigstens versuchen, den Verkehr zu kanalisieren. Es gehe dabei vor allem um die Eindämmung der Elterntaxis, die Sicherheit der Kinder und den Fluchtverkehr. Für die Sicherheit der Kinder ist eine 30km/h-Zone rund um das Schulhaus vorgesehen, den Elterntaxis soll ein Anhalteverbot auf gewissen Strassen das Aussteigen der Kinder verunmöglichen, dem Fluchtverkehr durch die Friedhofstrasse soll mit Fahrverboten (mit dem Zusatz „Anstösser gestattet“) begegnet werden. Ortsplaner Reto Affolter vom Büro WAM geht in seinen Ausführungen ins Detail. Das vorliegende Geschäft beschäftige die Gemeinde schon seit Jahren, es entspreche weitgehend bereits gefassten Beschlüssen des Gemeinderates sowie Anliegen der Schule. Kernpunkte seien ein Halteverbot an der Friedhof-, der Turnhallen- und der Schulhausstrasse sowie die Entschärfung der Situation beim Haupteingang. Weiter sollen die Parkplätze südlich der Turnhalle umgestaltet und die Zugänge zu den Kindergärten geschlossen werden. Der Zugang zu den Kindergärten von der Schulhausstrasse her wird mit Pollern gesichert und behindertengerecht ausgebaut. Ausserdem soll an der Solothurnstrasse eine Haltebuch für Kurzzeitparking (Bring- und Holzzone) eingerichtet werden. Wie zu erwarten war, führen die Vorschläge zu einer langen Diskussion. Dabei wehrt sich vor allem Gemeindepräsident Michael Ochsenbein gegen die Einrichtung einer „Bring- und Holzzone“. Die Gemeinde wehre sich gegen die Elterntaxis und nun soll sogar eine spezielle Zone für diese Fahrzeuge entstehen. Dieser Beurteilung schliessen sich auch andere Räte an. Zu wenig Kritik führt die geplante Einrichtung einer 30-km-Zone, da es vor allem um die Sicherheit der Kinder geht. Die bestehende Verengung mittels Blumentöpfen soll entfernt und durch eine klassische Signalisation ersetzt werden, eine einseitige Verengung soll aber bestehen bleiben. Eine eingehende Diskussion löst auch die Standortfrage der verschiedenen Signalisationen aus. Hans Rothenbühler (CVP) schlägt vor, statt aufwändigen, baulichen Massnahmen auf der Solothurnstrasse ein Kurzzeitparking ev. mit blauer Zone einzurichten, ein Vorschlag, dem sich der Gemeindepräsident

anschliesst, dabei müsse aber die Durchfahrt der Busse der BSU gewährleistet sein. Ein weiterer Grund für die Einrichtung von Parkplätzen sei, dass die bestehenden Plätze bei Grossanlässen auf dem Schulareal häufig nicht genügten. Zusammenfassend wird festgestellt, dass Tempo 30 im Grundsatz nicht bestritten ist, das Anhalteverbot (zeitlich begrenzt) überdacht sowie das teilweise Fahrverbot in den erwähnten Strassen angepasst werden muss. Die Parkplätze südlich der neuen Turnhalle müssen saniert werden. Die Vorlage wird zur Überarbeitung an die Planungs- und Umweltschutzkommission zurückgegeben.

Die Feuerwehr hat der Gemeinderatskommission den Entwurf für ein überarbeitetes Reglement vorgelegt, welches von ihrem Kommandanten Beat Fuchser vorgestellt wird. Es beinhaltet in erster Linie redaktionelle Korrekturen. Die beiden wichtigsten Änderungen betreffen die Dienstpflicht, welche heute vom 21. Bis zum 42. Altersjahr dauert sowie die Entschädigung für Einsätze zur Insektenbekämpfung. Vorgeschlagen wird eine Dienstpflicht vom 22. bis zum 45. Altersjahr. Der spätere Beginn wird vorgesehen, um auf den Militärdienst Rücksicht zu nehmen, freiwillig kann heute schon bis zum 45. Altersjahr Dienst getan werden. Ein Einsatz für die Insektenbekämpfung kostet heute den Besteller Fr 30.--, was nur knapp die Materialkosten deckt. Der Vorschlag, die Entschädigung auf Fr 100.— festzulegen wird mit 7 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen. Zum Schluss dankt Hans Rothenbühler (CVP) dem Feuerwehrkommandanten für die Einladung zur Hauptübung und den Einsatz welcher das ganze Jahr geleistet wird.

Ferner hat der Rat ...

- die Pensenregelung für Primarschule und Kindergarten gutgeheissen.
- von der Einzonung an der Derendingenstrasse Kenntnis genommen.
- den Terminen für Gemeinderatskommission und Gemeinderat zugestimmt.

Arnold Seiler, Gemeinderatsberichterstatter